

SolarCity und der Goldene Löffel [SolarCity and the Silver Spoon]

geschrieben von Marita Noon | 9. Januar 2016

Falls man ein Gewerbe betreibt – vielleicht einen Tabakladen, ein Modegeschäft oder eine Versicherungs-Agentur – weiß man, dass es viel harter Arbeit bedarf, einer guten Marktanalyse, eines besseren Produktes oder einer besseren Dienstleistung als der Konkurrent sowie Werbung. Man füge noch ein wenig Glück hinzu, und man hofft, sein Geschäft wachsen zu lassen – obwohl aufgegebene Läden und leer stehende Gebäude in den Städten in ganz Amerika zeigen, dass das nicht immer ausreicht. Jede Geschäftsaufgabe repräsentiert den Tod von manch eines' Traums. Falls man jedoch ein politisch bevorzugtes Geschäft betreibt – z. B. Solar – sieht es ganz anders aus. Das Wachstum hängt hier ab von der Großzügigkeit der Regierung. Und wenn Menschen, die niemals Ihr Produkt kaufen oder Ihren Service nutzen werden, Ihr Unternehmen bekämpfen und Ihren Kongressabgeordneten überzeugen, Ihnen die Großzügigkeit der Steuerzahler zu entziehen wie einem sich schlecht benommen habenden Bettler, dann drohen Sie Ihren Koffer zu packen und nach Hause zu gehen – und ehemalige Mitarbeiter arbeitslos zurück- und Verbraucher ohne Service lassen.

Von dieser Art ist die Story von SolarCity – welche aus dem Begünstigten-Status Vorteile gezogen und Regierungsprogramme betrügerisch genutzt hat, um zum größten Installateur der Nation von Solarpaneelen auf Dächern zu werden. Aber trotzdem verliert SolarCity immer noch Millionen Dollar. SolarCity stellt Solarpaneele nicht selbst her – doch könnte sich dies bald ändern – dank einer Förderung in Höhe von 750 Millionen Dollar von den New Yorker Steuerzahlern. Trotz „wesentlicher Änderungen und zunehmendem Wettbewerb in einer schon jetzt in scharfem Wettbewerb stehenden Industrie“, wie *Associated Press* das nennt, gibt Gouverneur Andrew Cuomo SolarCity eine staatseigene, mietfreie Fabrik – eine Entscheidung, von der Michael Hicks, ein Ökonomie-Professor und Direktor des Center for Business Research an der Ball State University sagt, dass sie „ein überwältigender Deal, eine sehr fragwürdige Verwendung von Staatsfonds, aber einen erheblicher und unverhoffter Gewinn für die Investoren von SolarCity“ ist.

Im Gegenzug verspricht SolarCity, „1460 Hochtechnologie-Jobs“ in der in Buffalo ansässigen Fabrik zu schaffen, in der der Betrieb planmäßig Ende dieses Jahres beginnen soll (siehe Abbildung). Das Unternehmen erwartet auch, 1440 weitere „Arbeitsplätze in der Zuarbeit und Dienstleistungen“ zu schaffen sowie mindestens 2000 andere Jobs im Staat – was Hicks' Behauptung zufolge „angesichts der Investitionen wenig ist“. Die New Yorker „Gigafabrik“ wird „einen völlig neuen Typ Solartechnologie“ erzeugen, welcher der *MIT Technology Review* zufolge „ein gewaltiges Risiko“ und „ein großes Lotteriespiel“ ist. Hinsichtlich von SolarCity's geplanter neuer Fertigung stellt *Review* fest: „Die Beschleunigung des

Produktionsprozesses bei gleichzeitiger Erhaltung der Effizienz der Module ohne steigende Kosten könnte schwierig sein. Und es gibt keine Garantien dafür, dass die Module, wenn sie sich mit der Zeit kommerziell rechnen, immer noch die besten des Planeten sind“.

SolarCity hat keinerlei Gewissensbisse, in einem Wutanfall einen Staat zu verlassen, der sich nicht seinen Spielregeln beugen will – so wie es zuvor schon in Arizona, Nevada und sogar in UK war. Jetzt ist das hypergrüne Kalifornien bedroht durch einen Exodus, und Staaten wie Washington und New Hampshire erhielten Warnungen, dass SolarCity nicht in diese Staaten kommen werde, falls die Subventionen dessen operationelles Modell nicht stützen.

Jüngst wurde Nevada zum letzten Staat, der seine „Strombetrug-Einspeisevergütung“ [net-metering electricity scam] „zurückfährt“, wie es das *Wall Street Journal* (WSJ) nennt. „SolarCity reagierte mit der Ankündigung, dass es Verkäufe und Installationen in diesem Staat beenden werde“. Bereits im Jahre 2013 hat SolarCity mit viel Tamtam angekündigt, dass man nach Nevada kommen werde, „nachdem Anreize in Höhe von 1,2 Millionen Dollar vom Office of Economic Development des Staates und seinem Gouverneur sichergestellt worden seien“. Dies berichtete das *Silicon Valley Business Journal*. Wie in New York behauptete SolarCity, „hunderte Jobs“ nahe Las Vegas zu schaffen. Aber die Zeiten haben sich geändert.

Nevada ist lediglich einer von vielen Staaten, die sich Änderungen hinsichtlich der angebotenen Subventionen für Solarinstallationen auf Dächern überlegen. Arizona hat diese Änderungen bereits durchgeführt, was SolarCity veranlasste, seine Ressourcen in andere Staaten zu verlagern, wo die Profite höher waren. Im April hat die *Arizona Republic* angekündigt, dass SolarCity 85 Arbeiter aus dem Staat umsetzen werde. Der geschäftsführende Direktor von SolarCity Lyndon Rive nannte diese Änderungen „zu restriktiv“. Er erklärte, dass sie „das Potential für fast alle Verbraucher eliminieren, Geld mit Solar zu sparen“. Die Änderungen machten Arizona „zur größten Herausforderung für sein Unternehmen“.

Die Staaten fanden schließlich heraus, dass die zunehmende Implementierung von Solar zu höheren Kosten für Nicht-Solar-Verbraucher führt – welche der WSJ zufolge „eher die unteren Einkommensschichten repräsentieren“.

Die Politik der Einspeisevergütung steht im Mittelpunkt der Debatte. Kurz gesagt soll die Einspeisevergütung Solar-Verbraucher für die von ihnen erzeugte überschüssige Solarenergie entschädigen. Das Problem ist, dass diese individuellen Erzeuger für ihre Energie bezahlt werden, anstatt die Großmarktpreise zu erhalten, die die Unternehmen für die typische Energieversorgung erhalten. Als Folge davon umgehen Verbraucher mit Solarpaneelen vollständig Zahlungen an die Versorger – obwohl sie immer noch deren Energie sowie deren Überlandleitungen und Dienstleistungen nutzen. Staaten sehen sich damit konfrontiert, dass sich die Kosten von Solar-Verbrauchern verschieben hin zu jenen, die sich diese Kosten am wenigsten leisten können. Als Folge hiervon haben viele Staaten, darunter Nevada, Kalifornien und Washington, politische

Änderungen angeordnet. Allgemein verringern diese Änderungen die Zahlung von Großmarktpreisen und fügen eine Abgabe für die Verbindung zum Netz hinzu.

Das WSJ nennt die Einspeisevergütung „eine regressive politische Umverteilung des Einkommens als Unterstützung für einen vermeintlich progressiven Grund“. Frank O’Sullivan, Direktor für Forschung und Analyse der MIT Energy Initiative, erklärt das: „Die Einspeisevergütung ist in ihrer reinen, einfachen Form sicher eine Subvention für Eigentümer von Solarpaneelen auf ihren Dächern. Offensichtlich muss es einen Transfer der Kosten geben an Andere, die keine Solarpaneele auf dem Dach haben“.

Als Reaktion der Schließung der Tochterfirma von SolarCity, Zep Solar, in UK infolge Streichung von Solarsubventionen sagt Energieministerin Amber Rudd, dass sie „besorgt sei hinsichtlich des Verlustes von Arbeitsplätzen“, aber dass sie auch „die Kosten für die Verbraucher im Auge haben muss“.

Der Gouverneur von Nevada Brian Sandoval stellte fest: „Nevada hat der Solarindustrie gewaltige Unterstützung zukommen lassen“, aber seine Regierung muss sicherstellen, dass „Familien, die traditionelle Energiequellen nutzen, nicht für die Finanzierung des Marktes von Solarpaneelen auf Dächern zur Kasse gebeten werden“.

[Hier in D ist man wohl noch lange nicht so weit. Anm. d. Übers.]

In Arizona wahrten die Änderungen der Einspeisevergütung den Besitzstand der jetzigen Verbraucher*, fügten jedoch Abgaben für den Gebrauch des Netzes und die Nachfrage hinzu. In Nevada wurden Zahlungen an bestehende Verbraucher gestrichen und Verbindungs-Gebühren wurden erhoben. Der jetzt in Kalifornien zur Debatte stehende Vorschlag würde Zahlungen für überschüssigen Strom nahezu halbieren, und Solarverbraucher würden eine monatliche Abgabe zahlen müssen. In Washington drängen die Versorger auf eine Abgabe für Solar-Verbraucher.

[*Original: „ the changes to the net-metering policies grandfathered in current users“]

Die Solarindustrie geht inzwischen juristisch dagegen vor, denn, wie sie einräumt, „diese Vorschläge drohen die Ökonomie ihrer Systeme zu untergraben“. Das WSJ erklärt: „Das unternehmerische Wohlergehen begünstigt Abhängigkeiten und Ansprüche, die schwer zu knacken sind“. Obwohl die Firma der größte Installateur von Dach-Solarpaneelen ist, ist SolarCity nicht profitabel – fuhr man doch Verluste in Höhe von 56 Millionen Dollar innerhalb eines Jahres und 293 Millionen Dollar kumuliert ein. Angesichts des Umstandes, dass immer mehr Staaten sich die Revision der generösen Solarsubventionen überlegen als einen Weg, die explodierenden Kosten aufzufangen und die Staatshaushalte auszugleichen, wurden Unternehmen wie SolarCity schlecht für Investitionen. Nachdem der Kongress die Steuervorteile für Solar als Teil des Haushaltes 2015 verlängert hatte, sah Solar City seine Aktienkurse „in den Himmel schießen“. Die Reichen werden reicher und die Armen werden geschröpft.

Repräsentant Jeff Morris, Sponsor der auf den Weg gebrachten Gesetzgebung in Washington, HB 2045, erklärte die Reaktionen der

Industrie auf die sich ändernde Politik: „Der Grund, warum sie so auf die Barrikaden gehen ist, dass sie befürchten, dass sich diese Politik auf alle 50 Staaten erstrecken wird“.

Es sind der Staat und die öffentlichen Anreize, und nicht die freien Märkte, die zu einer aufkeimenden Solarindustrie geführt haben.

Närrischerweise hat der Kongress die öffentlichen Nachlässe verlängert. Aber „mit jüngsten Verbesserungen hinsichtlich der Kosten und Effizienz von Solar“ sagt Lori Christian, Präsident der Solar-Installateure in Washington: „Es ist für alle Staaten an der Zeit, die gegenwärtige Struktur von Anreizen zu überdenken“.

Wenn selbst Kalifornien politische Änderungen anstrebt, die dazu führen würden, dass Solarenergie weniger kosteneffektiv für Privatleute und Firmenbesitzer ist, ist es an der Zeit zu erkennen, dass sich dieses Geschäftsmodell ändern muss. Und dazu gehört, den Goldenen Löffel aus dem Mund von SolarCity herauszunehmen. Auch wenn die Firma einen Wutanfall bekommt, ihre Koffer packt und geht, wird es den Steuerzahlern Millionen sparen und Solar zwingen, auf einem Niveau zu operieren, auf dem andere Geschäftsbereiche auch operieren müssen.

About the Author: Marita Noon. CFACT policy analyst Marita Noon is the author of *Energy Freedom.*,

Link: <http://www.cfact.org/2016/01/04/solarcity-and-the-silver-spoon/>
Übersetzt von Chris Frey EIKE